

Aus dem Stadtrat



Liebe Einwohnerinnen und Einwohner, die Welt hat sich verändert in den letzten Wochen und wohl keine*r kann von sich behaupten, nicht in irgendeiner Form durch die Corona-Pandemie betroffen zu sein. Jede*n Einzelne*n stellt sie vor Herausforderungen, sei es bei Fragen der Kinderbetreuung, der Arbeitssituation, finanziellen oder wirtschaftlichen Aspekten, das Lernen von zu Hause, gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten und vielem mehr.

Das alles sind auch Themen, die unsere Stadt Magdeburg betreffen und natürlich auch uns als Fraktion DIE LINKE im Stadtrat bewegen.

Da ist zum einen die Frage, wie es gelingt, trotz der Einschränkungen die Arbeit der kommunalen Gremien aufrecht zu erhalten um gerade jetzt zu verhindern, dass die Pandemie unsere demokratischen Grundlagen nachhaltig stört. Als Fraktion haben wir über die digitalen Medien unsere gemeinsame Arbeit fortgesetzt und uns regelmäßig abgestimmt. Die Stadtratssitzung im April wurde dann im schriftlichen Umlaufverfahren durchgeführt, was an die Grenzen demokratischer Verfahrensweisen stieß. Eine ordentliche Verhandlung der Themen zwischen den Fraktionen war so gar nicht möglich und zum Beispiel wurden Angelegenheiten, die einer sofortigen Entscheidung bedurften, durch automatischen Verweis in Ausschüsse eben nicht

verhandelt sondern auf die „lange Bank“ geschoben. Einer Durchführung der nächsten Stadtratssitzung in gleicher Verfahrensweise werden wir daher nicht zustimmen.

Elementar sind derzeit für uns unter anderem Fragen des Gewaltschutzes für Kinder und Frauen unter den besonderen Umständen. Wie kann es gelingen, die Beratungs- und Betreuungssituation unter den gegebenen Einschränkungen und den zu erwartenden Anstieg an Bedarfen in unserer Stadt angemessen zu begleiten? Zu diesem Thema sind wir als Fraktion in intensivem Austausch mit den verschiedenen Stellen der Verwaltung sowie Trägern der Stadt.

Viele Kinder und Jugendliche sind durch die Schließung der Kinderbetreuungsstätten und Schulen beschränkt in den Möglichkeiten zu spielen, den sozialen Austausch mit Gleichaltrigen zu führen, zu lernen und sich zu bewegen. Auch wenn die Angebote der Notbetreuung einen Teil der Einwohner*innen entlastet, so gilt es Möglichkeiten zu finden, die auch Zugänge für Kinder von Eltern mit nichtsystemrelevanten Tätigkeiten eröffnen. So möchten wir unter anderem, dass Spielplätze unter Auflagen wieder geöffnet werden und unterstützen entsprechende Bemühungen der Stadt gegenüber dem Land.

Deutlich geworden ist, dass es Verbesserungen für die Bedingungen des Lernens von zu Hause aus für Schüler*innen unserer Schulen bedarf. Gerade durch eine unausgereifte digitale Infrastruktur und Ausstattung stoßen die Lehrer*innen, Schüler*innen und Eltern an Grenzen und werden Ungleichheiten in den Bildungschancen verstärkt. Hier kann und muss die Stadt unterstützen, zum Beispiel durch die Bereitstellung einer Plattform, die den Zugang für alle gewährleistet. Dazu bereiten wir eine entsprechende Initiative vor.

Aber wir wollen nicht nur auf unsere Stadt schauen, uns bewegt besonders das

Termine der Fraktion für Mai, Juni und Juli 2020

11.05.2020, 17:00 Uhr

Fraktionssitzung im Rathaus, Beimszimmer

14.05.2020, 14:00 Uhr

Stadtratssitzung

18.05.2020, 17:00 Uhr

Fraktionssitzung im Rathaus

02.06.2020, 17:00 Uhr

Fraktionssitzung im Rathaus

04.06.2020, 14:00 Uhr

Stadtratssitzung

22.06.2020, 17:00 Uhr

Fraktionssitzung

06.07.2020, 17:00 Uhr

Fraktionssitzung im Rathaus

09.07.2020, 14:00 Uhr

Stadtratssitzung

*Sommerpause/sitzungsfreie Zeit vom
16.07.2020 bis 26.08.2020.*

Schicksal der vielen Menschen in den griechischen Flüchtlingslagern, die einem Ausbruch der Pandemie nicht einmal mit der gebotenen Hygiene entgegentreten können. Ein Antrag zur Aufnahme eines Kontingents von unbegleiteten Minderjährigen und Familien mit Kindern kam leider wegen des bereits beschriebenen Verfahrens der letzten Stadtratssitzung nicht zur Abstimmung. Dies wird hoffentlich im Mai beschlossen.

Auch haben wir uns stark gemacht für einen stadt-eigenen Schutzschirm für Akteur*innen der Kulturszene, die aktuell in existentiellen Nöten sind. Ein entsprechender Antrag, der über den Kulturausschuss eingebracht wurde, soll hier zumindest ein unterstützendes Signal der Stadt für unsere Kulturszene geben.



Das geltende Verbot betrifft ebenfalls öffentliche Kundgebungen im Zusammenhang mit dem 1. Mai. Dennoch ist dieser Tag fest in unserer Agenda verankert. Schon in den vergangenen Jahren wurde verstärkt darauf aufmerksam gemacht, dass der 1. Mai nicht nur der Tag der sogenannten produktiven Arbeit ist, sondern auch der reproduktiven Arbeit – all jener Sorgearbeiten, die meist schlecht bezahlt werden oder auch unbezahlt Zuhause stattfinden und die zum allergrößten Teil von Frauen, unter ihnen sehr viele Migrantinnen, ausgeführt werden. Angesichts der aktuellen Pandemie und ihrer gesellschaftlichen Folgen gilt das für

den 1. Mai 2020 wie nie zuvor. Sorgearbeit ist zwar nicht mehr so unsichtbar wie zuvor, aber sie ist heute noch intensiver und noch prekärer. Vielleicht bietet die aktuelle Krise die Chance die breit wahrgenommene Erkenntnis mitzunehmen, dass unsere Gesellschaft und die Wirtschaft den Menschen, dem Leben und der Gesundheit dienen muss und nicht dem Profit. Wenn das in Zukunft stärker Berücksichtigung findet, wurden die richtigen Schlussfolgerungen aus der Pandemie gezogen.

Jenny Schulz
Fraktionsvorsitzende



Die Fraktionssitzung am 27.04.2020 fand - unter Einhaltung von Abstandsregelung und Hygienevorschriften - wieder im Beratungsraum der Fraktion statt.

Grundstück der ehemaligen Tragflughalle als Grundschulstandort weiter prüfen

Nachdem der Stadtrat im Januar und August des letzten Jahres Beschlüsse zum Standort einer neuen Grundschule in Ostelbien gefasst hat, ist die Diskussion nicht nur im Stadtrat weiter in vollem Gange, nachdem die Landesregierung den Verkauf von Grundstücken verweigerte. In einem Bürgergespräch erreichte mich der Vorschlag, das Grundstück der ehemaligen Tragflughalle (Friedrich-Ebert-Straße) dafür zu prüfen. Diese Fläche befindet sich im Eigentum der Landeshauptstadt und grenzt an das Schulgelände der Sportsekundarschule „Hans Schellheimer“ sowie an eine Kleingartenanlage. Mit einer Anfrage erkundigte ich mich beim Oberbürgermeister nach dem Grundstück und erhielt eine Antwort. Leider wirft sie mehr Fragen auf als sie beantwortet und erweckt zugleich den Eindruck, dass die Verwaltung sich schwer

tut, wenn es darum geht, eine umsetzbare Lösung zu finden. Wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang, dass der Oberbürgermeister die bisherigen Planungsgrößen für die neue Grundschule in Ostelbien überdenken sollte, denn an keinem der bisher diskutierten Standorte (Heumarkt, Am Brellin) steht derzeit eine Fläche von 7.000 m² dafür zur Verfügung. Was nutzt eine Planungsgröße der Verwaltung, wenn sie nicht sinnvoll realisierbar ist? Angesichts steigender Schülerzahlen braucht es mehr Kreativität und Mut, neue Wege zu beschreiten. Schaut man sich die Lage des Grundstückes der ehemaligen Tragflughalle an, so ist festzustellen, dass es sowohl vom Werder als auch von den anderen Teilen Ostelbiens gut erreichbar wäre. Neben einer gesicherten Zuführung von Schülern könnten an diesem Standort

auch Einrichtungen wie Sporthallen und Außengelände gemeinsam von den ansässigen Schulen genutzt werden. Aus dieser Perspektive hoffe ich, dass im Rahmen der weiteren Entscheidungsfindung das Grundstück der ehemaligen Tragflughalle als Grundschulstandort weiter geprüft wird.

Karsten Köpp
Stadtrat



Freude über mehr Barrierefreiheit in Sudenburg



des örtlichen Tiefbauamtsbezirkes für die Umsetzung dieser Maßnahme, die zudem auch so manchem Radfahrer zu Gute kommen wird.

Oliver Müller
Stadtrat



Ein echter Beitrag für mehr Barrierefreiheit entlang der Brunnersiedlung, freut sich Stadtrat Oliver Müller (DIE LINKE) über die kürzlich fertiggestellte Bordsteinabsenkung im Kreuzungsbereich Jordanstraße/Sudenburger Wuhne und dankt zugleich insbesondere der Leitung

Solidarisch ist man nicht alleine!

Der DGB musste seine alljährliche Kundgebung zum 1. Mai vom Alten Markt ins Netz verschieben. Denn in Zeiten von Corona heißt Solidarität: Mit Anstand Abstand halten.

Gerade auch unsere Fraktion ist seit jeher auf den Kundgebungen präsent gewesen und steht ein für faire Löhne und eine Gesellschaft, in der Menschen vor Profite gehen! Seien Sie dabei unter www.dgb.de/erster-mai-tag-der-arbeit.

Aus dem Stadtrat - März, April, Mai

Für den 19. März war eine Stadtratssitzung angedacht, für die die Fraktion wieder einmal Anträge vorbereitet hatte. Mit einem plötzlichen Shutdown des Magdeburger Stadtgeschehens, fiel diese Sitzung aus. Kitas, Schulen, Ladengeschäfte, Restaurants, Bars... Alles geschlossen!

Ausschusssitzungen fanden zeitweise ebenfalls nicht statt. 56 Stadträt*innen, ein Oberbürgermeister und etliche Verwaltungsangestellte in einem Raum, kombiniert mit einer Klimaanlage, hielt man – völlig zurecht – für unzumutbar in einer Zeit, in der ein Virus Leib und Leben bedroht. Es dauerte etliche Tage, bis sich Lösungen für die Gewährleistung nötiger Verfahrensabläufe fanden. Die Stadtratssitzung am 16. April fand dennoch statt – nämlich im schriftlichen Umlaufverfahren. Nötige Diskussionen und Klarstellungen durch Verwaltungsmitarbeiter bei noch offenen Fragen blieben damit aber leider aus. Anträge wurden direkt verwiesen oder vorsichtshalber vertagt, keine Stellungnahme dazu war möglich. Entscheidungsfindungen im Umlaufverfahren sind definitiv kein Verfahren, das die Fraktion länger praktizieren möchte! Der wichtige Antrag der Fraktion (in Kooperation mit den Grünen/future!) *Der humanitären Krise in Griechenland entgegen treten!* wurde von den Antragstellerinnen vertagt, um ihn in der kommenden Sitzung, im Mai, dann doch im Rahmen einer vernünftigen Diskussion stattfinden zu lassen. Eine wortlose Abstimmung darüber wird dem Thema schlichtweg nicht gerecht. Die Mai-Sitzung soll eine Präsenzsitzung werden, ein passender Ort, der den Hygienevorschriften entspricht, wird noch gesucht. Immer noch keine perfekte Lösung, aber es ermöglicht wieder miteinander zu diskutieren und Drucksachen durch die Verwaltungsmitarbeiter*innen erläutern zu lassen.

Im Umlaufverfahren wurden dennoch einige Entscheidungen getroffen. Der interfraktionelle Antrag *LGBTI-freie Zone in Radom? – Nicht mit Magdeburg* wurde in die Ausschüsse verwiesen. *Ausweisung eines Mütter-Architektur*

Pfades, ein Antrag aus September 2019, wurde beschlossen. In Absprache mit weiteren Akteuren und Akteuren wie bspw. dem Stadtplanungsamt, der MMKT, dem Verband der Gästeführer, dem Mütter-Archiv und, wenn nötig, mit dem/r jeweiligen Eigentümer/in in Magdeburg wird die Stadtverwaltung einen Mütter-Architektur-Pfad ausweisen und entsprechend bewerben. Die einzelnen Bauwerke können Interessierte dann nach Möglichkeit mittels eines kurzen bauhistorischen Abrisses kennzeichnen. Ein richtiger Schritt auf dem Weg zur Kulturhauptstadt. Die Stadträt*innen Jenny Schulz und Oliver Müller haben sich für einen Antrag des Kulturausschusses zur Unterstützung der Magdeburger Kulturszene stark gemacht. Der Antrag mit dem Titel *Magdeburger Schutzschirm für freie Kulturschaffende* wurde vorerst in die Ausschüsse überwiesen.

Für die Mai-Sitzung des Stadtrates hat die Fraktion sich zu Anträgen verständigt, die vor allem Corona-bedingte Probleme in Angriff nehmen sollen. Immerhin sind nahezu alle Magdeburger*innen von heute auf morgen und das noch auf relativ unbestimmte Zeit in Ausnahmesituationen gebracht worden. Stadtrat Dennis Jannack möchte mit einem Antrag unter dem Titel *Digitalen Unterricht fördern*, das digitale Lernen für alle Schüler*innen der Stadt zugänglich machen. Stadträtin Anke Jäger stellte den Antrag *Finanzielle Folgen der Eindämmungsverordnung* und möchte vom Finanzbeigeordneten so schnell wie möglich über die finanziellen Folgen für die Stadt informiert werden. Stadtrat Oliver Müller beauftragt den Oberbürgermeister in der kommenden Sitzung, mögliche Wiedereröffnungsszenarien für Kultureinrichtungen zu erarbeiten.

Janine Schmidt
Fraktionsmitarbeiterin

Auf einen Blick

Anträge zur Stadtratssitzung im März:

Der humanitären Krise in Griechenland entgegen treten!
-> **In die Ausschüsse überwiesen**

Straßenbahn-Bevorrechtigung durchsetzen
-> **vertagt auf 14.5.2020**

LGBTI-freie Zone in Radom? – Nicht mit Magdeburg
-> **in die Ausschüsse verwiesen**

Schritte zur Krisenbewältigung
-> **vertagt auf 14.05.2020**

Stadtmöblierung in TAUT-scher Anmutung: Taut-Kiosk
-> **vertagt auf 14.05.2020**

Die Stadtratssitzung im April fand im Umlaufverfahren statt. Mit diesem schriftlichen verfahren wurden die Anträge *Der humanitären Krise in Griechenland entgegen treten!* und *LGBTI-freie Zone in Radom? – Nicht mit Magdeburg* in die Ausschüsse verwiesen.

Anträge zur Stadtratssitzung im Mai:

Digitalen Unterricht fördern

Finanzielle Folgen der Auswirkungen der Corona-Eindämmungsverordnung

Unterstützung von Einkommensschwachen und entgeltfreie Abgabe von Einmalmasken prüfen

Wiedereröffnungsszenarien für Kultureinrichtungen

Anfragen zur Stadtratssitzung im Mai:

Übermittlung von Daten in Quarantäne befindlicher Personen an die Landespolizei

Häusliche Gewalt in der Krise



Zeiten der Krise: Kinder und Jugendliche im Blick behalten

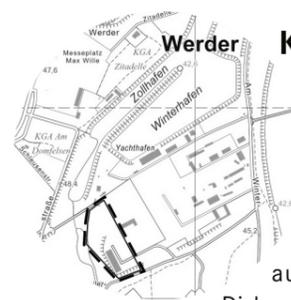
In der aktuellen Corona-Krise sind neben älteren und pflegebedürftigen Menschen, Kinder und Jugendliche die Leidtragenden. Ihre Einrichtungen und Treffpunkte, seien es Kitas, Schulen, Spielplätze oder Jugendclubs, sind seit Wochen geschlossen. Kinder verstehen mitunter nicht, warum sie ihre Freund*innen nicht mehr treffen dürfen. Unterricht zu Hause, in den verschiedensten Formen, überfordert teilweise Schüler*innen sowie Eltern, was zusätzlichen Stress (z.B. Auseinandersetzungen) und damit eine Mehrbelastung mit sich bringt. Neben dem Unterricht zu Hause sind Kinderbetreuung und Telearbeit parallel sicherzustellen. Familien, die sozialpädagogische Hilfen in Anspruch nehmen, brauchen gerade in dieser Zeit zusätzlichen Beistand - natürlich unter Berücksichtigung des Kontaktverbotes. Die LINKE ist gerade in dieser Krise an der Seite der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien. Im Rahmen direkter Gespräche mit der Verwaltung haben wir die Umsetzung der Kita-Schließungen begleitet und uns für die Aufrechterhaltung von Familienhilfen eingesetzt. Insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt des Kinderschutzes haben wir versucht, Verbesserungen zu erreichen. Darüber hinaus halten wir es für wichtig, dass Angebote der Kinder- und Jugendarbeit weiter umfassend finanziert werden und diese in die Lage versetzt werden, neue digitale Angebote

ermöglichen zu können. Ein Dank an dieser Stelle an alle, die neue Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Familienbildung und kulturellen Kinder- und Jugendbildung umgesetzt haben. Die Krise ist leider noch nicht vorbei. Bis zu den Sommerferien wird es digitale Angebote an den Schulen geben. In dem Wissen, dass es viele Eltern gibt, die keinen ausreichenden Internetzugang haben, denen Computer zur gemeinsamen Nutzung fehlen oder die sich nicht Unmengen an Arbeitsblättern ausdrucken können, schlagen wir eine entsprechende finanzielle Unterstützung vor. Zudem wollen wir die Schulen bei neuen digitalen Angeboten unterstützen und diese voranbringen. Für Präsenzangebote müssen Schulen zur Einhaltung aller Hygiene- und Abstandsmaßnahmen befähigt werden, damit wir Schüler*innen und Lehrer*innen schützen. In den nächsten Wochen sollte die weitere schrittweise Öffnung der Kitas erfolgen. Hierzu braucht es ein Gesamtkonzept des Landes. Dabei muss sowohl an Kitas als auch an Schulen der Gesundheitsschutz die oberste Priorität haben. Ebenso müssen Räume für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen nach und nach geöffnet bzw. neue Räume erschlossen werden. Kinder brauchen Austausch in Peer-Groups. Es sollte uns nichts daran hindern, Spielplätze unter klar definierten Voraussetzungen und mit sozialpädagogischer Begleitung zu öffnen - allerdings ist auch hier das Land gefragt. Kinder brauchen auch Raum für Kultur - um Kultur zu konsumieren und zu

produzieren. Ebenso ist hier ein Gesamtkonzept des Landes gefragt, unter welchen Gesichtspunkten wir Bibliotheken, Musikschulen, Kinos, Theater und andere kulturelle Einrichtungen öffnen können. Kulturelle Angebote, welche im Freien stattfinden, könnten so schnell wie möglich starten. Kinder brauchen Bewegung. Neben Spiel gehört Sport dazu. Sportvereine müssen in die Lage versetzt werden, kontaktlose Angebote für Kinder und Jugendliche in kleinen Gruppen zu ermöglichen. Für solche Angebote müssen die Sportplätze wieder zur Verfügung stehen. Online-Angebote sind ein zusätzlicher Baustein in der Bewegungsförderung. Ein Dank an alle Sportvereine, die in den letzten Wochen solche Angebote veröffentlicht haben. Unter der Einhaltung entsprechender Hygienemaßnahmen und Abstände wird in Zukunft vieles möglich sein. Behalten wir aber trotzdem die Gesundheit aller im Auge.

Dennis Jannack

Kinder-, jugend- und bildungspolitischer Sprecher der Fraktion und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses



Keine Wohnbebauung im Stadtpark zulassen!

Nach den heftigen und teilweise sehr emotional ausgetragenen Diskussionen zur Bebauung des Kleinen Stadtmarsches nördlich des Kulturparks Rothehorn durch die MWG und unsere kommunale Wobau möchte offensichtlich nun ein privater Investor die Gunst der Stunde nutzen, um südlich der Kanonenbahn - also im denkmalgeschützten Bereich des Stadtparks -

eine Wohnbebauung zu realisieren. Wir als Fraktion DIE LINKE werden solchen Vorstellungen nicht folgen, da es hier in der Tat um die Substanz und die Identität unseres Stadtparks geht. Eine Wohnbebauung am Winterhafen sei nach Aussage des Stadtverwaltung möglich, wenn man Aufschüttungen von mindestens 60-80 cm vornimmt, um den Hochwasserschutz zu gewährleisten. Dies stellt eine Veränderung des Geländes dar, die wir nicht mittragen werden. Aus unserer Sicht entstehen durch eine zusätzliche Wohnbebauung zudem mehr Probleme. Wo Menschen wohnen,

entsteht neuer Verkehr oder mehr Verkehr. Der Charakter des Stadtparks als Naherholungsgebiet für alle Magdeburger*innen droht damit verloren zu gehen. Wir haben immer betont, dass wir einer Wohnbebauung südlich der Kanonenbahn nicht zustimmen werden. An dieses getätigte Versprechen fühlen wir uns gebunden. Der Stadtpark gehört allen, nicht den Investoren.

René Hempel
Baupolitischer Sprecher der Fraktion

(Grafik ist Bestandteil der öffentlichen Drucksache Einleitung Satzungsverfahren zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 250-6.1 "Rothorn, südlich der Kanonenbahn")

Info der AG Öffentlichkeitsarbeit – digital informiert

Liebe Leser*innen, aus der Not machen wir einfach eine Tugend: Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie sind auch wir gezwungen, neue Wege zu gehen. Deshalb erscheint diese Ausgabe »Aus dem Stadtrat« nur als digitale Ausgabe - sie wird unter anderem über die bereits vorhandenen Wege zur Verfügung gestellt. Sobald sich die Lage wieder etwas entspannt hat, werden die nächsten Ausgaben (geplant für September und Dezember 2020) wieder in gewohnter Weise angeboten - das heißt sowohl gedruckt, als auch digital. Ein Hinweis von uns: »Digitales Lesen« schützt unsere geliebte Umwelt - denn es spart Unmengen von Verbrauchsmaterialien wie Tinte, Toner und Papier. Und Sie sind somit als Erstes informiert - egal ob auf Ihrem PC-Bildschirm, Tablet oder Smartphone. Langjährige Leser*innen werden es ebenfalls schon bemerkt haben: Unser Infoblatt hat sein optisches Erscheinungsbild moderat verändert.

Damit wollen wir Ihnen ein »besseres Leseerlebnis« schaffen - der Charakter und der Wiedererkennungswert bleiben jedoch erhalten. Doch nicht nur am optischen Erscheinungsbild hat sich etwas verändert, auch die Inhalte wurden angepasst. Bereits eingeführt haben wir eine Terminübersicht, die sich jedoch aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie nur spärlich füllen lässt. Zusätzlich wird es künftig Berichte aus den fraktionseigenen Arbeitskreisen geben. Wie Sie sehen, hat sich einiges verändert - neue Zeiten geben uns auch neue Antworten. Eine komplette Änderung solch eines Mediums kann aus unserer Sicht nicht in kürzester Zeit geschehen - deshalb kann es gut sein, dass in den folgenden Ausgaben weitere Neuerungen hinzukommen werden. Wir wollen Sie gern mit einbeziehen: Wir interessieren uns für Ihre Wünsche, Anregungen und Kritik. Die Kontaktdaten der Fraktionsgeschäftsstelle finden Sie

auf der letzten Seite im Impressum. Wir freuen uns auf Ihre Anmerkungen! Unser Infoblatt gibt es auch als Download auf unserer Internetseite: www.dielinke-magdeburg.de/stadtratsfraktion - hier finden Sie auch aktuelle Meldungen über die Arbeit unserer Fraktion und weitere Informationen zu unseren Stadträt*innen und sachkundigen Einwohner*innen.

In diesem Sinne: Viel Spaß beim Lesen und bleiben Sie gesund!

Benjamin Dietrich

sachkundiger Einwohner und Mitglied der AG Öffentlichkeitsarbeit

Die fraktionseigene „Arbeitsgemeinschaft Öffentlichkeitsarbeit“ erarbeitet ein Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion und befasst sich während regelmäßiger Sitzungen mit den verschiedenen Mitteln und Kanälen, welche die Fraktion nutzt, um öffentlichkeitswirksam zu bleiben.

Fraktionsarbeit in Bildern...



Seit Corona auch die Fraktionsmitglieder voll im Griff hat, lief einiges nicht mehr wie von allen bis dato gewohnt. Fraktionssitzungen wurden via Videochat durchgeführt. Auch Ausschusssitzungen oder Gesprächsrunden mit Verwaltungsmitarbeitern erfolgten in Telefonkonferenzen oder als Videokonferenz. Die Stadträt*innen der Fraktion hielten (und halten) Abstand. Das Foto zeigt Fraktionsvorsitzende Jenny Schulz im Homeoffice. Alles, was ehrenamtlich stattfindet, läuft aktuell noch hauptsächlich von zuhause.

Herausgeber:
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat der LH Magdeburg
V.i.S.d.P.: Oliver Müller, Fraktionsgeschäftsführer
Redaktion: Janine Schmidt, Fraktionsmitarbeiterin

Adresse:
Alter Markt 6
39104 Magdeburg
Telefon: 03915402270
Fax: 03915402529
E-Mail: dielinke.fraktion@magdeburg.de
Internetseite: www.dielinke-magdeburg.de/stadtratsfraktion

Sie sind an der Digitalausgabe unseres Infoblattes interessiert? Dann senden Sie uns eine E-Mail und wir schicken Ihnen diese gern zukünftig regelmäßig im PDF-Format zu.

(Foto auf Seite 4 powered by pixabay)